



© Route55 / Shutterstock.com

Erkundungsmission des EWSA zur Situation der Flüchtlinge – Die Perspektive der Organisationen der Zivilgesellschaft



BERICHT ÜBER DIE INFORMATIONSTREISE
NACH UNGARN
17./18. DEZEMBER 2015



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Bericht über die Informationsreise nach Ungarn, 17./18. Dezember 2015

Im Dezember 2015 und Januar 2016 besuchten Delegationen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) elf EU-Mitgliedstaaten, um zivilgesellschaftliche Organisationen, die mit Migranten arbeiten, zu treffen und sich über die Probleme, Erfordernisse, Misserfolge, Erfolgsgeschichten und bewährte Praktiken der verschiedenen Akteure in der aktuellen Flüchtlingskrise zu informieren, wobei das übergeordnete Ziel darin bestand, einen Beitrag zur Gestaltung der EU-Politik zu leisten. Mitglieder der Delegation, die nach Ungarn reiste, waren Janusz Pietkiewicz (Gruppe Arbeitgeber, Polen), Erika Koller (Gruppe Arbeitnehmer, Ungarn) und Ákos Topolánszky (Gruppe Verschiedene Interessen, Ungarn) und wurde unterstützt von Ana Dumitrache und András Egyedi, EWSA-Sekretariat.

EINLEITUNG

Ungarische Organisationen und lokale Vertretungen von internationalen Organisationen engagierten sich in der Flüchtlingshilfe und übernahmen eine wichtige Rolle, als sich die Krise zuspitzte. Außerdem zeigte sich ein neues Phänomen: die Entstehung mehrerer neuer Freiwilligenorganisationen, die sich selbst organisierten und ihre Aktivitäten über die sozialen Medien koordinierten. Ihre große Stärke war ihre schnelle Mobilisierungs- und Handlungsfähigkeit bei der direkten Hilfe vor Ort für Flüchtlinge. Zigtausende einfache Bürger, darunter Ärzte und Krankenschwestern, engagierten sich als Freiwillige nach ihrem normalen Arbeitstag, um Flüchtlinge zu begrüßen und ihnen zu helfen – oft entgegen der offiziellen Politik.

Organisationen und freiwillige Helfer verteilten Wasser, Lebensmittel, Hygienepakete, Kinderpflegeprodukte, Decken, Matratzen und Schlafsäcke an Flüchtlinge. Universitäten spendeten Decken und Unternehmen halfen mit Sach- und Geldspenden wie z.B. beheizten Zelten für Frauen und Familien, Wi-Fi-Zugang usw. Organisationen und Privatpersonen stellten Unterkünfte für Flüchtlinge bereit. Es wurden Wohnungen angemietet und Einrichtungen für Familien geschaffen. Manche Organisationen boten auch soziale und psychologische Hilfe an, um posttraumatische Belastungen nach Kriegserlebnissen oder Misshandlungen durch Schleuser zu lindern.

Andere Organisationen informierten im Rahmen ihrer Möglichkeiten über Verfahren und boten Orientierungshilfe sowie Dolmetscherdienste für Flüchtlinge in Englisch, Französisch, Arabisch, Farsi und Urdu. Doch auch die Organisationen selbst betonten, dass dies nicht genügte, um das generelle Informationsdefizit und speziell den Mangel an Informationen in den Muttersprachen der Asylbewerber auszugleichen.

Manche Organisationen starteten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Sensibilisierungskampagnen, um die Öffentlichkeit über Zwangsvertreibung, Migration und Asyl zu informieren und für die Sache der Flüchtlinge einzutreten. Die Auswirkungen dieser Anstrengungen auf die Gesellschaft als Ganzes blieben jedoch gering.

Die Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden wurde von den Organisationen als ziemlich gut wahrgenommen, insbesondere in Szeged, einer großen Stadt nahe der serbischen Grenze. Auch in Budapest sowie in anderen Städten gab es Fälle von effektiver Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden.

Nach Aussagen von zivilgesellschaftlichen Organisationen verhielt sich auch die Polizei sehr professionell (mit Ausnahme eines Zwischenfalls in Röszke), weshalb sie auch von Organisationen, die der Regierungspolitik sehr kritisch gegenüberstehen, gelobt wurde.

SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DEN WÄHREND DER INFORMATIONSDREISE GESAMMELTEN KOMMENTAREN

Kommentare zum Umgang mit der Flüchtlingskrise

Als im Sommer und Herbst 2015 der massive Flüchtlingszustrom einsetzte, kamen viele Organisationen zur Auffassung, dass die Regierung einen "Law-and-Order"-Ansatz verfolge und die humanitäre Notlage ignoriere. Die Behörden wollten sicherstellen, dass die Menschen gemäß den Dublin- und Eurodac-Verordnungen zu Registrierungscentren gebracht würden – doch dies wollten die Flüchtlinge in der Regel nicht, denn in den meisten Fällen versuchten sie, ihre Reise so schnell wie möglich nach Deutschland oder Schweden fortzusetzen.

Es wurde festgestellt, dass es an Koordination zwischen verschiedenen Diensten vor Ort wie der Polizei oder der Feuerwehr mangelte.

Gemäß der Richtlinie über Aufnahmebedingungen war der Staat zur Erbringung bestimmter Leistungen für Flüchtlinge wie Unterkunft, Verpflegung und medizinische Versorgung verpflichtet; auf dem Höhepunkt der Krise in Ungarn wurden diese Leistungen jedoch überwiegend von spontan gebildeten Freiwilligenorganisationen übernommen, die zumindest für die erste Zeit auch ein zu geringes Engagement seitens der großen karitativen Organisationen bemängelten.

Die offenen Zentren waren überfüllt. So wurden im Aufnahmezentrum in Debrecen, das auf maximal 1 100 Plätze ausgelegt war, 3 000 Menschen untergebracht.

Nach Aussage einiger Interviewpartner erhielten die Flüchtlinge keine ausreichenden offiziellen Informationen über Verfahren und Arbeitsmöglichkeiten und oft wurden die Informationen nur in ungarischer Sprache bereitgestellt. Ähnlich war das Problem der fehlenden Dolmetscherdienste in juristischen Verfahren, auf das uns einige unserer Kontaktpersonen hingewiesen haben. Der Mangel an zuverlässigen Informationen könnte dazu geführt haben, dass die Flüchtlinge ihre Informationen vor allem von den Schleusern bezogen, die die Flüchtlinge in die Irre zu führen versuchten, indem sie ihnen zum Beispiel sagten, wer sich registrieren lasse, werde festgenommen.

Unbegleiteten Minderjährigen im Alter von über zwölf Jahren wurde in der Regel keine spezielle Unterstützung gewährt.

Die grundlegenden Hilfsgüter kamen hauptsächlich von Freiwilligen, und die Behörden nutzten die vorhandenen Einrichtungen und Verfahren, die ihnen für den Fall von Naturkatastrophen wie z.B. Überschwemmungen zur Verfügung stehen, nicht für die Bereitstellung von Unterkünften.

Obwohl alle Asylsuchenden normalerweise Anspruch auf staatliche Rechtshilfe haben sollten, wurde diese Pflicht nach Aussage einer Person, mit der wir gesprochen haben, systematisch nicht erfüllt. Den Angaben einiger anderer Befragter zufolge leistete jedoch auf diesem Gebiet besonders eine Nichtregierungsorganisation hervorragende Arbeit.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen übernahmen somit die Aufgaben, die nach Aussage von einigen Personen die öffentlichen Behörden in der Flüchtlingshilfe hätten erbringen müssen, wurden aber von der Regierung kritisiert mit dem Argument, sie würden mehr Flüchtlinge ermutigen und

anziehen. Einige der befragten Personen meinten, dass auf dem ersten Höhepunkt der Krise sogar große Nichtregierungsorganisationen davor zurückschreckten, sich zu sehr zu exponieren.

Generell klagten die Organisationen über mangelnde Zusammenarbeit und Kommunikation der Regierung und die Ungewissheit des Zugangs zu Informationen und zu den Flüchtlingszentren (sogar für Anwälte). Einige andere Organisationen verspürten keine Feindseligkeit seitens der Regierung und wurden als Partner angesehen.

Die Organisationen erwähnten, dass man die gute Zusammenarbeit auf lokaler Ebene, die außerdem kostengünstig war, auch auf der nationalen Ebene hätte praktizieren können.

Zu einem späteren Zeitpunkt, im Oktober 2015, benannte die Regierung drei Organisationen (den Hilfsdienst des Malteserordens in Ungarn, das ökumenische Hilfswerk Hungarian Interchurch Aid und das Ungarische Rote Kreuz) und stellte diesen Mittel zur Verfügung, um die Flüchtlinge medizinisch zu versorgen und zu unterstützen. Die Aufgaben wurden unter den drei Organisationen aufgeteilt (z.B. hatte nur das Rote Kreuz Zugang zu den offenen Aufnahmezentren). Einige, mit denen wir gesprochen haben, bedauerten diese Unterscheidung der Hilfsorganisationen in einen geschlossenen Kreis von ausgewählten Behördenpartnern und den restlichen Organisationen, deren Engagement und Aktivitäten von der Regierung kaum anerkannt und in offiziellen Erklärungen oft kritisiert wurden. Regierungsvertreter machen geltend, dass die Zusammenarbeit zwischen Regierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Freiwilligen in dieser Frage auf gegenseitigem Vertrauen basieren müsse, da es um Einwanderungsverfahren gehe.

Allgemeine Kommentare zum Asylsystem in Ungarn

Manche Organisationen waren der Ansicht, dass der Schutz für Flüchtlinge in Ungarn generell ungenügend sei und extensiv auf das Mittel der Haft zurückgegriffen werde, möglicherweise mit der Absicht, Flüchtlinge von der Einreise nach Ungarn abzuschrecken. Andere Organisationen teilten diese Aussage nicht.

Gemäß den UNHCR-Richtlinien sollte die Inhaftierung nur als letztes Mittel eingesetzt werden und auf eine minimale Dauer begrenzt sein. Menschen dürfen nicht für einen unbegrenzten Zeitraum inhaftiert werden.

Einige Organisationen kritisierten die geringe Zahl von Fällen, in denen von Ungarn Asyl gewährt wurde. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass die überwiegende Mehrheit der Asylsuchenden das Land vor Abschluss des Verfahrens verlassen hat, was die geringe Zahl an erfolgreichen Asylanträgen teilweise erklären könnte.

Es besteht auch die Tendenz, nur subsidiären Schutz anstelle von Asyl zu gewähren.

Was den politischen Gestaltungsprozess auf dem Gebiet des Asylrechts betrifft, wurde das UNHCR zu Gesetzesentwürfen konsultiert, was bis 2015 reibungslos funktionierte. In jüngerer Zeit fand jedoch keine Konsultation mehr statt oder diese war rein formal (nicht genügend Zeit, um Texte zu lesen und zu kommentieren).

Im Juli und September 2015 änderte Ungarn verschiedene Aspekte seines Asylrechts und verabschiedete eine Nationale Liste von sicheren Herkunftsländern. Diese Änderungen, die auch von einigen unserer Interviewpartner kritisiert wurden, führten dazu, dass die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn einleitete.

KURZE BESCHREIBUNG UND SPEZIFISCHE AKTIVITÄTEN DER ORGANISATIONEN, MIT DENEN DIE EWSA-DELEGATION GESPROCHEN HAT

➤ Das UNHCR Ungarn

Das UNHCR Central Europe (mit Sitz in Budapest) vertritt acht Mitgliedsstaaten: Ungarn, Kroatien, Slowenien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Polen und die Tschechische Republik. Die Organisation beobachtet Asyleinrichtungen und die Anwendung der Gesetze, um sicherzustellen, dass Asylsuchende Zugang zum Asylgebiet und zu fairen und effizienten Asylverfahren und humanen Aufnahmebedingungen haben. Das UNHCR fördert auch die Integration von Flüchtlingen in die Aufnahmegesellschaften oder die Umsiedlung an andere Orte, falls es für die betroffenen Menschen nicht möglich ist, im Land, in dem sie zuerst Zuflucht gesucht haben, zu bleiben. Die UN-Flüchtlingsorganisation setzt sich auch für den Schutz von staatenlosen Menschen in der Region ein, indem sie für die Ausarbeitung und Stärkung von Gesetzen wirbt, die das Problem wirksam angehen.

Ziel des UNHCR ist es, sicherzustellen, dass in der Entscheidungsfindung zu Programmen die Menschen – und ihr Schutz und Wohlergehen – an erster Stelle stehen.

Das UNHCR achtet besonders auf die Bedürfnisse der Schwachen wie z.B. Kinder, Frauen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.

Ein wichtiger Teil der Arbeit des UNHCR Central Europe ist es, die Öffentlichkeit über vertriebene und staatenlose Menschen zu informieren. Die Organisation betreibt Öffentlichkeitsarbeit, indem sie Informationsbroschüren und Berichte veröffentlicht (in digitaler und gedruckter Form), Webseiten in allen Ländern der Region betreibt und mit den Medien zusammenarbeitet.

Das UNCHR arbeitet mit der ungarischen Regierung auf der Grundlage der UN-Konvention zusammen. Während der Flüchtlingskrise übernahm das UNHCR eine koordinierende Rolle und lud die wichtigsten Nichtregierungs- und Freiwilligenorganisationen ein, um die Arbeit zu koordinieren, Lücken zu füllen und Überschneidungen zu vermeiden. Diese Koordinierungserfahrungen waren auch vor Ort an der Grenze zu Serbien wichtig.

➤ Ungarischer Arbeitgeber- und Unternehmerverband – Munkaadók és Gyáripárosok Országos Szövetsége (MGYOSZ)

MGYOSZ ist die größte Arbeitgeberorganisation in Ungarn und vertritt große und mittlere Unternehmen.

Einzelne Mitglieder des MGYOSZ leisteten Hilfe, als sich die Krise zuspitzte (Spenden, freier Wi-Fi-Zugang usw.), der Verband als solcher befasste sich jedoch nicht mit dem Thema und wurde von der Regierung nicht konsultiert.

Da die Flüchtlinge das Land nur durchquerten, hatten sie keinen Einfluss auf den Arbeitsmarkt. Den Unternehmen fehlt es in bestimmten Branchen wie z.B. im Gesundheitsbereich an qualifizierten Arbeitskräften und es stellt sich das Problem der Überalterung der Gesellschaft; die Eingliederung von Flüchtlingen in die Arbeitswelt wird jedoch als sehr große Herausforderung wahrgenommen, zum Teil auch wegen der sprachlichen Probleme. Nach Aussage des MGYOSZ ziehen es Unternehmen derzeit vor, arbeitslose junge Menschen aus der EU in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

➤ **Forum für gewerkschaftliche Zusammenarbeit (SZEF)**

Das Forum ist einer der größten Gewerkschaftsdachverbände des Landes und vereint die Interessenschutzorganisationen von rund 70 000 Angestellten im öffentlichen Bereich, einschließlich Bildung, Gesundheit und Soziales, öffentliche Sammlungen, Kultur- und Kunsteinrichtungen, zentrale und lokale Verwaltung, Vollzugsbehörden und öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Der Verband wurde von der Regierung nicht in der Flüchtlingsfrage konsultiert und hat diese weder diskutiert noch Positionspapiere zum Thema ausgearbeitet, da die eigenen Mitglieder als wenig gewillt eingeschätzt wurden, in dieser Frage Stellung zu beziehen. Generell sind in Ungarn nur 10% der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert.

Die SZEF-Akademie plant jedoch eine Zusammenarbeit mit Forschern, um verantwortungsvolles Regierungshandeln und antipopulistische Positionen zu stärken und für ein größeres Verständnis für Flüchtlinge und Migranten zu werben.

➤ **Ungarisches Helsinki-Komitee**

Das ungarische Helsinki-Komitee ist eine führende Menschenrechtsorganisation in Ungarn, die sich mit verschiedenen Fragen befasst wie z.B. Haft, Zugang zum Recht, Rechtsstaatlichkeit, Nichtdiskriminierung, Asyl, Staatenlosigkeit und Nationalität. Als Umsetzungspartner des UNHCR war das Helsinki-Komitee die einzige Nichtregierungsorganisation, die Asylsuchenden in Ungarn seit 1998 unentgeltlich professionellen rechtlichen Beistand leistete. Das Komitee hilft jährlich etwa 1 400 Menschen. Außerdem beobachtet es die offenen und geschlossenen Aufnahmezentren für Flüchtlinge und Migranten und ficht wenn notwendig Rückführungsentscheidungen an. Es ist die einzige unter den etablierten Nichtregierungsorganisationen, der es gelungen ist, eine sehr gute Zusammenarbeit mit den neuen Basisorganisationen aufzubauen. Gleichzeitig hat das Komitee trotz seiner sehr kritischen Haltung gegenüber der ungarischen Regierung eine Vereinbarung mit der Regierung geschlossen, die es der Organisation ermöglicht, unentgeltlich Rechtshilfe für Asylsuchende zu leisten.

➤ **MIGSZOL Szeged**

MIGSZOL Szeged war wahrscheinlich die erste lokale Initiative (und der erste wichtige Akteur), die sich der humanitären Situation der Migranten in Ungarn annahm. Sie entstand in Szeged, einer Stadt in der Nähe der serbischen Grenze, und gehörte zu den ersten, die die humanitären Erfordernisse erkannten. Gemäß ihrem Leitbild handelt es sich um eine informelle, unabhängige Gruppe von ungarischen Bürgern, Immigranten und Flüchtlingen, die sich für die Durchsetzung der politischen und gesellschaftlichen Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Ungarn einsetzen. Sie sind überzeugt, dass durch das Engagement an der gesellschaftlichen Basis ein anderes und tolerantes Ungarn und Europa möglich werden. Deshalb leisten sie ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel, indem sie gegen Ausweisung und Inhaftierung kämpfen, das Bewusstsein für die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden schärfen und sicherstellen, dass ihre Gruppe nicht für, sondern mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden spricht. Sie arbeiten für ein Ungarn, in dem das Etikett "Flüchtling" oder "Immigrant" nicht mehr gebraucht wird, und treten der Vorstellung entgegen, die Identität eines Menschen werde durch bürokratische Kategorien bestimmt. MIGSZOL Szeged erhält keine finanzielle Hilfe, weder von der Europäischen Union noch von der ungarischen Regierung oder einer politischen Partei oder einem Unternehmen.

Die nicht-hierarchische, konsensorientierte Arbeit der Gruppe ist fest in der Wertvorstellung von der Gleichheit aller Geschlechter, Nationalitäten, Religionen, Altersstufen und Sexualitäten verankert.

➤ **Hilfsdienst des Malteserordens**

Der ungarische Hilfsdienst des Malteserordens wurde vom Souveränen Malteserorden im Jahr 1989 gegründet und ist einer der größten karitativen Nichtregierungsorganisationen in Ungarn. Die Organisation hilft Menschen in Not, insbesondere Kranken, Alten, Behinderten, Benachteiligten und Obdachlosen. Sie wendet sich an alle Altersgruppen, ältere Menschen machen jedoch die Mehrheit der Hilfsempfänger in Ungarn aus.

Sie verfügt über ein nationales Zentrum und 7 regionale Niederlassungen, die aus regionalen Zentren und lokalen Gruppen bestehen. Außerdem betreibt sie mehr als 200 Einrichtungen der Primär- und Sekundärversorgung.

Obwohl die Organisation erstmals mit Flüchtlingen konfrontiert war, verpflichtete sie sich, den Menschen in Not Unterstützung zu leisten.

Zunächst übernahm sie die medizinische Grundversorgung an den Bahnhöfen, wo die Flüchtlinge auf Züge nach Österreich warteten. Es folgte die Unterstützung für das tägliche Leben der das Land durchquerenden Migranten, indem den Flüchtlingen an verschiedenen Orten Nahrung, Kleidung und medizinische Versorgung bereitgestellt wurden. Die vor Ort tätigen mobilen Ambulanzen erwiesen sich als sehr hilfreich, da sie schnell von einem Ort zum nächsten wechseln konnten. Die Dienste wurden über mehrere Wochen bei Tag und Nacht bereitgestellt und bei Bedarf leisteten Freiwillige des ungarischen Hilfsdienstes des Malteserordens auch in Kroatien, Serbien und Slowenien Hilfe.

➤ **Migration Aid**

Migration Aid ist eine neue Freiwilligeninitiative, die zunächst gegründet wurde, um den in Ungarn ankommenden Flüchtlingen zu helfen, das ihnen zugewiesene Flüchtlingslager zu erreichen oder ihre Reise fortzusetzen. Sie gehört zu den neuen Basisorganisationen mit großer Reichweite (ihre Facebook-Gruppe umfasst etwa 10 000 Mitglieder).

Ihre Mitglieder spielten während der sich zuspitzenden Krise eine wichtige Rolle an den Bahnhöfen in Budapest und begannen dort mit der Einrichtung von Transitzonen. Auch ihre Lobbyaktivitäten waren von großer Signifikanz.

Migration Aid hat eine "InfoAidApp" entwickelt, um die in Ungarn ankommenden Flüchtlinge schnell und zuverlässig mit Informationen in ihrer Muttersprache zu versorgen.

Migration Aid ist bereits seit Juni 2015 aktiv, die formelle Gründung erfolgte im Oktober 2015 als britische Wohltätigkeitsorganisation (aufgrund schnellerer Verfahren).

➤ **Hungarian Interchurch Aid**

Hungarian Interchurch Aid ist die größte Organisation in Ungarn, die Familien, Kindern und Obdachlosen unabhängig von Religion oder Geschlecht der Bedürftigen Hilfe gewährt. Das Hilfswerk hat etwa 300 Mitarbeiter und ist über das ACT-Bündnis in mehreren Ländern aktiv. Es verfügt über Büros in der Ukraine und in Afghanistan und leistet dort Unterstützung im Bildungswesen und in der Landwirtschaft.

Während der Flüchtlingskrise konnte das Hilfswerk auf Instrumente zurückgreifen, die es normalerweise zur Unterstützung anderer Personengruppen einsetzt, und betreute vor allem Familien, schwangere Frauen und unbegleitete Minderjährige. Seine flexiblen mobilen Teams und 24 freiwillige Helfer arbeiteten Tag und Nacht, um bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme zu helfen. Das Hilfswerk stellte auch Informationen bei der Registrierung von Flüchtlingen sowie Dolmetscherdienste bereit. Derzeit werden Aktivitäten für Kinder (3 Stunden pro Woche) in den Aufnahmezentren angeboten.

➤ **Menhely (Shelter) Foundation**

Kernüberzeugung der Shelter Foundation ist, dass jeder Mensch das grundlegende Recht hat, sich rechtlich, physisch und sozial in einer Wohnung, in einer Stadt oder in einem Land sicher zu fühlen. Das wichtigste Ziel der Stiftung ist es, sicherzustellen, dass keinem dieses grundlegende Recht genommen wird.

Die Shelter Foundation wurde 1989 in Budapest gegründet. Die Stiftung war die erste unabhängige, säkulare Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, obdachlosen Menschen zu einem besseren Leben zu verhelfen, sie in ihrer Not zu unterstützen und die Obdachlosigkeit zu reduzieren und zu verhindern. Sie setzte sich außerdem dafür ein, das Leben für Menschen, die auf der Straße leben, erträglicher zu machen, und verfolgt diese Ziele auch weiterhin.

Die Shelter Foundation wurde auch in der derzeitigen Flüchtlingskrise aktiv. Sie half Flüchtlingen und versuchte außerdem herauszufinden, in welcher Beziehung Obdachlose und Flüchtlinge zueinander stehen.

Man stellte Unterkünfte und Hygieneeinrichtungen bereit und organisierte den Transport der Flüchtlinge zu und von den Unterkünften. Die Stiftung erlaubte auch anderen Organisationen, ihre Dienste und Einrichtungen zu nutzen. Sie gehört zu den etablierten Nichtregierungsorganisationen, die eine gute Zusammenarbeit mit den neu gegründeten Basisorganisationen aufbauen konnten.

➤ **Diakonische Abteilung der Evangelischen Kirche Ungarns**

Die diakonische Abteilung half während der Flüchtlingskrise nach besten Kräften und war vor Ort präsent: in Aufnahmezentren, an der Grenze zu Serbien wie auch in Budapest, vor allem am Bahnhof Keleti. Sie gehört zu den kirchlichen Organisationen, die eine sehr gute Arbeitsbeziehung zu den neuen Basisorganisationen entwickeln konnten.

Es wurden Kleider unter den Gemeindemitgliedern und Kirchenmitarbeitern gesammelt und außerdem ein Netzwerk organisiert, um weitere Spenden wie Verbandszeug, Decken, Matratzen usw. zu

sammeln, die dann zusammen mit einem warmen Essen in den Aufnahmezentren und an Bahnhöfen verteilt wurden.

Außerdem wurde Geld gesammelt und an die Hungarian Interchurch Aid zur Verwendung für Kinderpflegeprodukte weitergegeben.

Gemeinsam mit Migration Aid wurde eine Informationsbroschüre in verschiedenen Sprachen darunter Arabisch, Farsi und Urdu, veröffentlicht.

Außerdem wird eine Kampagne für einen "Mentalitätswandel" durchgeführt, um die Öffentlichkeit zu informieren und für mehr Verständnis für Flüchtlinge zu werben. Zu diesem Zweck werden Vorträge in Kirchengemeinden, Schulen und anderen Einrichtungen gehalten. Dies ist eine recht einmalige Sache in Ungarn.